

Zeitschrift: Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 70 (1995)

Heft: 4

Vorwort: Vorwort des Redaktors

Autor: Hofstetter, Edwin

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VORWORT DES REDAKTORS

Die Armee 95 konsequent durchsetzen

Einmal mehr stehen wir im Vorfeld zweier militärpolitischer Abstimmungen im Jahre 1996. Der Bundesrat lehnt die beiden nächsten Versuche zur Schwächung der Armee und unserer Industrie, die Militär-Halbierungs- und die Exportverhinderungs-Initiativen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) ab. Das Parlament und das Volk soll dazu noch den Segen geben. Die Initiative «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» könnte wegen fehlender Einheit der Materie als für ungültig erklärt werden.

Als Gegenvorschlag zur SPS-Initiative «Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» legt der Bundesrat eine Totalrevision des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial (KMG) vor. Bürgerliche Parteien, zahlreiche Kantone, Spitzenverbände sowie massgebliche Kräfte von Gewerbe und Wirtschaft lehnen mit seltener Einmütigkeit diese Revision ab. Aufgrund des präsentierten aber unnötigen Vorschlages scheint mir die Annahme richtig, dass Vernehmlassungen heutzutage für die Regierung nur noch Alibiübungen sind. Das gültige KMG hat sich bewährt. Nachgewiesene Lücken können mit Teilrevisionen behoben werden. Eine Totalrevision ist schon darum weder notwendig noch dringlich, weil der Bundesrat keinen Nachweis von groben Lücken vorlegen kann. Ich werde den Eindruck nicht los, dass kleinliche Angst die Bundes-Berner-Politik bestimmt und man glaubt, nur mit einer massiven Verschärfung des KMG die Exportverhinderungs-Initiative der Linken bodigen zu können. Dabei haben die radikalen Forderungen dieser Initiative mit dem totalen Verbot der Waffenausfuhr samt der sogenannten Dual-Güter wohl kaum Chancen, von Volk und Ständen angenommen zu werden. Es kämen dabei auch 15 000 Arbeitsplätze unter den Hammer.

Problematisch ist bei der vom Bundesrat vorgeschlagenen Totalrevision des KMG vor allem auch der Einbezug der Bereiche Optik, Simulatoren und andere Ausbildungsmittel sowie die Produkte der Werkzeugmaschinen- und Textilindustrie. Mit diesen Verschärfungen würde der Standort Schweiz für eine Anzahl von spezialisierten Firmen unhaltbar. Durch den Abbau oder Verlagerungen würden nach seriösen Schätzungen der Wirtschaft über 7500 Arbeitsplätze verlorengehen. Unhaltbar ist der weite und diffuse behördliche Ermessensspielraum für Bewilligungen. Dazu sind die Kriterien rein aussenpolitisch orientiert. Bewilligungen für unsere Exportschaffenden würden der reinen Willkür einzelner Beamten ausgesetzt sein. Ich meine, dass wir auf dem besten Weg sind, ein totaler Beamtenstaat zu werden und mit einer Flut von Gesetzen die Wirtschaft strangulieren und immer mehr Juristenfutter produzieren.

Die von der SPS zur Unterstützung ihrer Initiative

ins Ausland vergebene Expertise über eine halbierte Armee scheint mir als verbaler Rauchschleier dazu gedacht, die im Wahljahr unbequem gewordene armeefeindliche Position zu verdecken. Erkennbar wird das Unbehagen auch durch eine im vergangenen Jahr gemachte Erklärung von SP-Ständerat Gian Reto Platter (WoZ, 21.1.94): «Ich muss ehrlich sagen, dass ich über diese Initiative nicht mehr so glücklich bin wie seinerzeit, als wir sie lanciert haben. Wenn die Schweiz auch ohne unsere Initiative spart, wird die Halbierung immer härter.» Vordringlich will man bei der SPS wohl Argumente gegen den Vorwurf bereithalten, die Partei betreibe wiederum eine Armeeabschaffung in Raten. Vergessen wir nicht, dass die SPS – mehr oder weniger offen – die Gruppe Schweiz ohne Armee (Abschaffung 1989, Abschaffung in Raten – gegen F/A-18 und neue modernere Ausbildungsplätze 1993) unterstützte.

Generell basiert die in Bonn fabrizierte Expertise auf unrealistischen Annahmen und klammert unbequeme Dinge aus. Man gibt sich betont milizfreundlich und verkennt, dass eine Armee von 150 000 Angehörigen im Alter von bis 30 Jahren keine Milizarmee von Bürgern und Soldaten mehr ist. Der Vorschlag gleicht eher einer billigen Kopie einer Wehrpflichtarmee mit Reserve gemäss ausländischen Mustern. Dass sowohl die SPS als auch der gut bezahlte deutsche Soziologe Lutz Unterseher offensichtlich gar nichts von Miliz verstehen wird dadurch belegt, dass ihr Vorschlag die Verbundenheit von Armee und Volk schwächen und bei der vorgeschlagenen halbierten Armee 95 auf den Einsatz zugunsten ziviler Behörden und zur Katastrophenhilfe verzichten will.

Die Sicherheitspolitik der SPS bleibt aber auch widersprüchlich, weil sie eine nochmals drastisch verkleinerte, dafür hochgerüstete, moderne Armee verlangt. Die Initiative zur Halbierung der Militärausgaben lässt aber genau diese Modernisierung nicht zu und würde so eine glaubwürdige Landesverteidigung verunmöglichen. Alle haben diese Widersprüche und Absichten der SPS erkannt. Nur das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) kriecht der SPS prompt auf den Leim und findet das bestellte Gutachten diskussionswürdig. Als willkommene Unterstützung für die SPS scheint mir auch die wiederholte Erklärung von Bundesrat Villiger zu sein, die Armee könne weiter verkleinert werden. Ich bin davon überzeugt, dass konsequentes Durchsetzen und sinnvolle Korrekturen der Armee 95 jetzt entscheidend sind. Ein weiteres Lavieren unserer Regierung und des EMD könnte diejenigen Kräfte der Miliz vor den Kopf stossen, die Villiger 1993 zu spektakulären Erfolgen bei den Armeeabstimmungen (F/A-18 und Waffenplätze) verholfen haben.

Edwin Hofstetter